

## Deutschland. O. C. Reichstags-Verhandlungen. 20. Sitzung vom 16. März.

1½ Uhr. Am Tische des Bundesrathes Hofmann.  
Eingegangen ist der Gesetzentwurf, betreffend die Abwehr der Viehseuche. Auf der Tagesordnung stehen die Verträge der Geschäfts-Ordnungs-Commission über die Fortdauer der Mandate verschiedener Abgeordneter.  
Der Abg. Graf zu Dohna-Findenstein ist zum Burggrafen von Marienburg ernannt worden.

Referent Graf Praschma: Die Geschäfts-Ordnungs-Commission hat einstimmig anerkannt, daß durch die Ernennung zu unbesoldeten Sachverwaltern, die als Ehrenämter zu betrachten sind, die Fortdauer der Mandate nicht berührt werde, und empfiehlt deshalb, das Mandat des Grafen Dohna als fortbestehend anzuerkennen. — Das Haus tritt diesem Antrag bei.

Die Commission hat sich ferner mit der Frage beschäftigt, ob die Mandate der Abgg. Dreier, Bähr, v. Gräbenitz, v. Geh, v. Reden, Witte, Werner, Thilo und Saro durch die Aenderung ihrer Stellung in Folge der Justizorganisation erloschen seien oder fortbestehen. Dr. Dreier ist aus dem Reichs-Ober-Handelsgericht, Dr. Bähr und Dr. von Gräbenitz sind aus dem preussischen Obergericht in das Reichsgericht eingetreten; v. Geh war zweiter Vorstand des württembergischen Kreisgerichtshofes Tübingen, mit welcher Stellung der Charakter eines Obergerichtsraths verbunden ist, er ist in das Reichsgericht eingetreten; v. Reden war Mitglied des Obergerichtes in Lüneburg und ist zum Rath beim Landgericht in Lüneburg ernannt; Witte war Appellationsgerichtsrath in Breslau und ist jetzt Landgerichtsdirector ebendort; Werner war Kreisgerichtsdirector zu Plessen und ist zum Landgerichtsdirector in Raumburg; Thilo, bisher Kreisgerichtsdirector in Delitzsch, ist zum Landgerichtspräsidenten in Reisse; der frühere Oberstaatsanwalt beim Appellationsgericht zu Jasterburg; Saro, ist zum Oberstaatsanwalt beim Oberlandesgericht in Königsberg ernannt worden.

Die Commission beantragt die Mandate der Abgg. Dr. Dreier, v. Reden, Witte und Werner für fortbestehend, die der Abgg. Dr. Bähr, v. Gräbenitz, v. Geh, Thilo und Saro für erloschen zu erklären.

Abg. Bessler beantragt zunächst, alle Mandate für fortbestehend zu erklären. Da aber der Präsident erklärt, daß er über diesen Antrag vor dem Commissionsantrage nicht abstimmen lassen könne, so formuliert Antragsteller seinen Antrag wie folgt: Der Reichstag wolle beschließen, daß die in Folge der Justizorganisation erfolgten Ernennungen von Justizbeamten auf die Fortdauer ihrer Mandate als Mitglieder des Reichstages keinen Einfluß ausüben.

Abg. Findenstein schließt sich im Ganzen den Anträgen der Commission an, plaidirt aber dafür, daß die Mandate der Abgg. Bähr und v. Gräbenitz für fortbestehend erklärt werden. Ebenso wie der Abg. Dreier, der aus dem Reichs-Ober-Handelsgericht in das Reichsgericht übergetreten ist, seien auch die Abgg. Bähr und v. Gräbenitz aus einem höchsten Gerichtshofe in das Reichsgericht eingetreten; ein ähnliches Verhältniß waltete bei dem Mandate des Abg. v. Geh ob, der ebenfalls den Charakter als Obergerichtsrath hatte. Redner will jedoch in Bezug auf diesen letzten Fall einen Antrag nicht stellen, sondern beantragt, nur die Mandate der Abgg. Bähr und v. Gräbenitz als fortbestehend anzuerkennen.

Abg. Klotz tritt in allen Punkten den Ausführungen des schriftlichen Commissionsberichtes bei und weist auf den Art. 21 der Verfassung hin, der einen Ausnahmefall, wie ihn der Abg. Findenstein habe constatiren wollen, nicht kenne.

Abg. Bessler empfiehlt seinen Antrag; für solche abnormen Verhältnisse, wie sie die neue Justizorganisation mit sich gebracht, könne man den Art. 21 der Reichsverfassung nicht anwenden. Außerdem sei zu bedenken, daß die Aenderung der Stellung im Justizdienste ja nicht im freien Willen der einzelnen Abgeordneten gelegen habe. Man müsse deshalb alle Mandate als fortbestehend anerkennen.

Abg. v. Helldorf (Weber) vermißt in den Anträgen der Commission ein einheitliches Princip. Die neue Justizorganisation habe die Regierungen zur Verleihung der Aemter, die Abgeordneten zur Annahme der Aemter genöthigt. Ebenso seien die Gehaltsveränderungen kraft Gesetz erfolgt. Der Artikel 21 der Verfassung sei mit Rücksicht auf eine solche Verhältnisse nicht gegeben. Eben so gut, wie die Verordnungen mit Gehaltsveränderungen könne man überhaupt jede Anstellung im Rahmen der neuen Organisation als eine Begünstigung seitens der Regierung auffassen, da diese das Recht gehabt habe, die Richter zur Disposition zu stellen. Das Haus müsse also entweder die Mandate aller richterlichen Mitglieder für ungültig erklären, oder die durch die Justizorganisation bewirkten Aenderungen für einflußlos erklären. Letzteres gebiete die Rücksicht auf die Richter, denen man nicht eine Neuwahl auferlegen dürfe. Der Reichstag habe das souveräne Recht, über diese Frage zu entscheiden; er möge sich desselben im Sinne des Abg. Bessler bedienen.

Abg. Windthorst: Ich kann zu meinem Bedauern dem Antrag Bessler nicht zustimmen. Wir haben hier nicht traktatirten Souveränität Gesehe zu machen, sondern wie ein Gericht das bestehende Gesetz ohne Rücksicht auf die Personen zur Anwendung zu bringen. Daß die Justizorganisation uns hierzu die Veranlassung giebt, ändert an dem Sinn des Gesetzes nichts. Die Commissionsbeschlüsse entsprechen dem klaren Wortlaut des Gesetzes. Nach diesem müßten wir eigentlich auch jede Gehaltsveränderung für einen Grund zum Erlöschen des Mandats ansehen. Das Haus hat aber in früheren Beschlüssen angenommen, daß eine Gehaltsveränderung ohne Aenderung des Amtes nicht das Mandat erloschen macht. Dieses Princip hat auch die Commission angenommen und deshalb das Mandat derjenigen Abgeordneten, welche eine ihrer früheren analoge Stellung erhalten haben, für nicht erloschen erklärt. Wenn man aber einmal diesen Standpunkt einnimmt, so muß auch das Mandat des Abg. Saro fortbestehen, da derselbe nur in seinem früheren gleiches Amt, auf das er kraft Gesetz Anspruch hatte, erhalten hat. Ich werde also bezüglich dieses Abgeordneten gegen, im Uebrigen für die Commissionsanträge stimmen.

Referent Wiffon: Die Commission hat die Frage nicht vom Standpunkt der Souveränität aus behandelt, sondern als eine Rechtsfrage. Das ist sie auch, sonst wäre sie der Commission nicht zur Prüfung überwiesen worden. Es waren hier zwei Grundsätze maßgebend, nämlich, daß der Uebertritt aus dem Dienst eines Einzelstaates in den Reichsdienst nach dem ungewöhnlichen Wortlaut des Art. 21 der Verfassung das Mandat erloschen macht, ferner, daß die Erhöhung des Gehalts nur dann das Mandat aufhebt, wenn damit eine Beförderung verbunden ist. Den Standpunkt der Souveränität hat Niemand in der Commission vertreten, ebensowenig die Ansicht, daß eine Begünstigung darin liege, daß ein Richter nicht in den Ruhestand versetzt werde. Nach obigen Grundsätzen sind die Commissionsanträge gerechtfertigt.

Der Antrag Bessler wird abgelehnt; das Mandat des Abg. Saro wird, entgegen dem Commissionsantrage für nicht erloschen erklärt; im Uebrigen werden die Commissionsanträge angenommen.

Schluß 3¼ Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 12 Uhr. (Anträge: v. Seydewitz wegen Aenderung der Gewerbeordnung; Thilenius wegen der Rheinregulirung und Stephan wegen der Rechtschreibung.)

Berlin, 16. März. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat aus Anlaß der Enthüllung des Denkmals der hochseligen Königin Luise Majestät dem Wirklichen Geheimen Rath Sobrecht den königlichen Kronen-Orden zweiter Klasse mit dem Stern; dem Geheimen Commerzienrath Robert Warschauer zu Berlin den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife; dem Stabsberathen-Vorsteher Dr. Straßmann ebendasselbe den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; sowie dem Magistrats-Secretär Podraz ebendasselbe den königl. Kronen-Orden vierter Klasse verliehen.

Se. Majestät der König hat dem Grafen von Holstein-Holsteinborg, Ober-Kammerherrn Se. Majestät des Königs von Dänemark, das Großkreuz des Rothen Adler-Ordens; dem Ober-Kammerherrn Ihrer Majestät der Königin von Dänemark, Rittmeister à la suite und Kammerherrn von

Castenstield, den königlichen Kronenorden erster Klasse; dem königlichen dänischen Kammerherrn, Commandeur in der Marine und Capitain der Yacht Sr. Majestät des Königs, Anton von Hedemann, den königlichen Kronen-Orden zweiter Klasse mit dem Stern; dem königlichen dänischen Capitain der Artillerie, Baron von Guldencrone, Flügel-Adjutanten Sr. Majestät des Königs, den Rothen Adler-Orden dritter Klasse; sowie dem seitberigen Attaché bei der königlichen schwedisch-norwegischen Gesandtschaft in Berlin, Grafen C. R. E. R. Sparre, den Rothen Adler-Orden vierter Klasse verliehen.

Se. Majestät der König hat die Landgerichts-Rathe Turnau aus Baderborn und Stahr zu Königsberg i. Pr. zu Kammergerichts-Räthen, den königlichen bairischen ordentlichen Professor Dr. Bachmann unter Verleihung des Charakters eines Geheimen Justizraths zum ordentlichen Professor in der juristischen Facultät der Universität zu Bonn, und den außerordentlichen Professor in der juristischen Facultät der Universität zu Berlin Dr. Julius Baron zum ordentlichen Professor in der juristischen Facultät der Universität Greifswald ernannt; sowie dem Eisenbahn-Secretär Schütt zu Wittenberg den Charakter als Kammerleutnant verliehen.

Dem Geheimen Commerzienrath A. von Hanfmann in Berlin ist Namens des Reiches das Exequatur als Kaiserlich und königlich österreichisch-ungarischer Generalconsul für die Provinzen Brandenburg und Posen ertheilt worden.

Beim Gymnasium in Frankfurt a. O. ist der ordentliche Lehrer Dr. Otto Amador, und am dem evangelischen Gymnasium zu Gr.-Glogau der ordentliche Lehrer Dr. Friedrich Wilhelm Schwenkenbecher zu Oberlehrern beiderseits worden.

Berlin, 16. März. [Se. Majestät der Kaiser und Königin] hörte heute den Vortrag des Polizei-Präsidenten von Madat, nahm militärische Meldungen entgegen und arbeitete mit dem Chef der Admiralität, Staatsminister von Stosch, und dem Chef des Militärcabinet, General-Adjutanten von Albedyll.

[Ihre Majestät die Kaiserin und Königin] war heute in dem Wohlthätigkeits-Bazar für das Diakonissenhaus zu Kaiserswerth anwesend.

[Se. Kaiserliche und königliche Hoheit der Kronprinz] empfing gestern Vormittag 10 Uhr den Chef der Admiralität, Staatsminister von Stosch, und nahm hierauf militärische Meldungen entgegen. Mittags um 12½ Uhr ertheilte derselbe dem Minister des königlichen Hauses, Grafen von Schleinitz, Audienz und begab sich um 2 Uhr nach Potsdam, wo Se. Kaiserliche Hoheit dem Exerciren der Compagnien des 1. Garde-Regiments z. F. im Lustgarten beiwohnte. Um 4 Uhr kehrte derselbe hierher zurück und empfing Abends den Baumeister Kollmann.

— Berlin, 16. März. [Aus der Militär-Commission.]

Der Gesetzentwurf über die Abwehr von Viehseuchen.

— Vorlagen für Elsaß-Lothringen.] Die Militärcommission des Reichstages hat heute die erste Lesung des Gesetzes beendet, die zweite soll morgen beginnen und das Ganze jedenfalls vor Eintritt der Vertagung fertiggestellt werden. Heute ist nun noch folgender § 3a auf Antrag der Abgg. Frey, von Malbain-Güls und Frey, von Verchenfeld angenommen worden: „Im Falle eines außerordentlichen Bedarfs kann der gesamte Bestand der beiden jüngsten Jahressklassen der Ersatzreserve 1. Klasse einschließlich derjenigen Mannschaften, welche nach § 3 für gewöhnliche Friedensverhältnisse nicht übungspflichtig sind, zu einer Uebung von höchstens 8wöchentlicher Dauer auf Grund besonderer kaiserlicher Verordnung einberufen werden. Die Bestimmungen des § 3 unter 1 bis 5 und 7 finden auf eine solche Uebung keine Anwendung. Mannschaften, welche schon vorher geübt haben, dürfen zu einer solchen Uebung nur insoweit herangezogen werden, als damit die Zahl und die Gesamtdauer der einzelnen Uebungen, zu welchen sie nach § 3 verpflichtet sind, nicht überschritten wird.“ — Dem Reichstage ist nunmehr auch der Gesetzentwurf, betr. Abwehr und Unterdrückung von Viehseuchen, zugegangen, welcher in 69 Paragraphen zerfällt und mit dem 1. April 1881 in Kraft treten soll. Der Entwurf umfaßt die Maßregeln zur Abwehr der Einschleppung aus dem Auslande, zur Unterdrückung der Viehseuchen im Inlande und Strafvorschriften. Im Großen und Ganzen schließt sich der Entwurf der preussischen Gesetzgebung an. — Der Reichskanzler hat dem Bundesrathe unter dem Datum des vorgestrigen Tages eine Reihe von Vorlagen für Elsaß-Lothringen zugehen lassen, welche nach der Beschlussfassung des Bundesrathes dem dortigen Landesauschusse bereits vorgelegen hatten, von letzterem jedoch mehrfach abgeändert worden sind. Der Reichskanzler fordert nun den Bundesrath auf, den betreffenden Beschlüssen beizutreten. Es handelt sich da zunächst um den Entwurf, betreffend die Eingeführung, Zuständigkeit und Einrichtung der Gewerbeämter, den der Landesauschuss vielfach abgeändert hat. Ferner handelt es sich um das Gesetz für Elsaß-Lothringen, betreffend die Verwendung von Zuchthengsten, worin der Landesauschuss als Termin für den Beginn der Wirksamkeit des Gesetzes nicht den 1. Juli, sondern den 1. October 1880 bestimmt hat. Ferner handelt es sich um den Entwurf eines Gesetzes für Elsaß-Lothringen, betreffend die Vergütung der Reisekosten für die Geschworenen, für die Vertrauensmänner und für die Schöffen. Endlich muß sich auch der Bundesrath noch einmal mit den Beschlüssen des Landesauschusses über das Budget beschäftigen. Nach den Vorschlägen des Landesauschusses sollen die §§ 1 und 4 lauten: „§ 1. Der diesem Gesetz als Anlage A beigefügte Landeshaushalts-Etat von Elsaß-Lothringen für das Etatsjahr 1880/81 wird hierdurch in Ausgabe auf 43,878,113 M., nämlich auf 35,231,923 M. an fortbauenden und auf 8,646,190 M. an einmaligen Ausgaben, in Einnahme auf 43,878,113 M. festgesetzt.“ — § 4. Zur vorübergehenden Verstärkung des Betriebsfonds der Landeshaupthäufigkeit, sowie zur Deckung der unter Capitel 22 Titel 7 der Einnahmen des Landeshaushalts-Etats vorgesehenen Mittel können nach Bedarf, jedoch nicht über den Betrag von fünf Millionen Mark hinaus, Schaß-Anweisungen ausgegeben werden.“ Es ist anzunehmen, daß die Reichsregierung den Anträgen des Landesauschusses in allen Fällen entsprechen dürfte.

— Berlin, 16. März. [Stephan und der Reichstag.]

Genehmigung bezüglich Zulässigkeit von Substationen.

— Deutscher Brauertag in München. — Von der Kriegs-

marine.] Officiell wird geschrieben: Der „Augsb. Allg. Ztg.“ wird aus Berlin vom 10. März über eine Verstimung in parlamentarischen Kreisen Mittheilung gemacht, welche darauf zurückzuführen sei, daß der Staatssecretär im Reichspostamt Dr. Stephan bis jetzt noch keine Veranlassung genommen hat, dem Reichstag den auf der Londoner internationalen Telegraphen-Conferenz abgeschlossenen Ver-

trag vorzulegen. Wie wir nunmehr erfahren, hat dies seinen guten Grund darin, daß die Verhandlungen zwischen den einzelnen Staaten eben noch nicht beendet sind. Nachdem nämlich die Grundzüge der Tarifänderungen auf der internationalen Telegraphen-Conferenz festgestellt waren, hat es, wie unschwer einzusehen ist, noch bestimmter Feststellungen über die einzelnen Tariffätze für den Verkehr zwischen den verschiedenen Ländern bedurft. Sobald letztere zum Abschluß gekommen sein werden, dürfte die Veröffentlichung der beglücklichen Bestimmungen alsbald zu erwarten sein. — Wenn gleich die Vorschriften der früheren Executions-Ordnung, welche die Zulässigkeit der Substationen zur Betreibung von Geldbeträgen im Verwaltungszwangs-Verfahren von der Genehmigung der Aufsichtsbehörden abhängig machen, in die Verordnung über das Verwaltungs-Zwangsverfahren vom 7. September 1879 nicht aufgenommen worden sind, so ist doch nichts an den für die einzelnen Ressorts bestehenden besonderen Bestimmungen geändert, namentlich nicht an der Bestimmung, nach welcher wegen Rückstände von directen oder indirecten Steuern das Substitutions-Verfahren nur mit Genehmigung des Finanzministeriums in Antrag gebracht werden soll. Eine solche Genehmigung für jeden einzelnen Fall ist aber nicht mehr Bedürfnis. Der Finanzminister hat daher in einem Erlass vom 8. März bestimmt, daß künftig die Genehmigung der Provinzial-Aufsichtsbehörden einzuholen ist. Diese Behörde soll jeden einzelnen Fall sorgfältig prüfen und danach verfahren. An den gesetzlichen Bestimmungen über die Ungültigkeit der Substationen in besonderen Fällen, wie z. B. wegen der Geldstrafen für Zoll- und Steuer-Defraudationen, wird nichts geändert. — Durch Circular-Erlass des Ministers der öffentlichen Arbeiten vom 10. März sind die Staats- und unter Staatsverwaltung stehenden Privat-Bahnen ermächtigt, für diejenigen Gegenstände, welche auf der im Juli d. J. in München stattfindenden Ausstellung des 4. Deutschen Brauertages ausgestellt werden und unverkauft bleiben, eine Transportvergünstigung der Art zu gewähren, daß für den Hintransport die volle tarismäßige Fracht berechnet wird, der Rücktransport auf derselben Route aber an den Aussteller frachtfrei erfolgt, wenn durch Vorlage des Original-Frachtbriefes für die Hinfahrt, sowie durch eine Bescheinigung der Ausstellungs-Commission nachgewiesen wird, daß die Gegenstände ausgestellt waren und nicht verkauft sind, und wenn der Rücktransport innerhalb vier Wochen nach Schluß der Ausstellung stattfindet. — Nach der von der kaiserlichen Admiralität aufgestellten Nachweisung über die Bewegung der Schiffe der deutschen Marine in der ersten Hälfte des Monats März befanden sich: Kanonenboot „Albatros“ in Gibraltar, „Bismarck“ in Sidney, Kanonenboot „Cyclop“ in Shanghai, „Fregata“ in Valparaiso, „Ganfa“ in Callao, Kanonenboot „Hyäne“ in Valparaiso, Kanonenboot „Itis“ war in Kiel eingetroffen, „Vaisa“ in Smyrna, „Luisa“ in Singapur, „Medusa“ in See nach Puerto Cabello, Kanonenboot „Nautilus“ in Aya, „Prinz Albrecht“ trifft am 18. d. M. in Singapur ein, „Virena“ auf der Rheide von Punto Arenas und Kanonenboot „Wolf“ in Schepoo.

Berlin, 16. März. [Der Ausgleich mit Rom und das Culturexamen.] „Das Ende des Culturkampfes“ so hörte man gestern Abend vielfach den von der „Germania“ mitgetheilten Brief des Papstes Leo XIII. an den Erzbischof von Köln erläutern. In der That ist es eine große Concession, welche die Curie zugestimmt, wenn sie erlaubt, daß der Regierung von der Anstellung der Geistlichen Mittheilung gemacht werde; um aber die Tragweite derselben zu würdigen, ist es nöthig, zu wissen, welche Konsequenzen daraus gezogen werden sollen. Peter Reichensperger hat schon vor fünf Jahren in einer „Culturkampf oder Friede in Staat und Kirche“ überschriebenen Broschüre geharnischten Protest dagegen erhoben, daß für den Staat das Recht in Anspruch genommen werde, gegen eine Anstellung nicht bloß Einsprache zu erheben, sondern auch selbst in letzter Instanz über die Begründetheit des Einspruchs zu entscheiden. Man könne sich nicht verhehlen, daß unter Umständen unter dem Titel einer solchen Ercluse der Freiheit der Kirche, der Integrität des geistlichen Standes und der Person der würdigen und pflichttreuesten Geistlichen die schwersten Verletzungen zugefügt werden könnten, falls einseitig und ausschließlich den Staatsbehörden es zustünde, vorgebrachte Einreden gegen die Anstellung eines Geistlichen resp. die ihnen zu Grunde liegenden Thatsachen zu prüfen und zu beurtheilen. Unter allen Umständen stehe jene Bestimmung mit dem bestehenden Rechte und der der katholischen Kirche in der preussischen Verfassung gewährleisteten Selbstverwaltung in Widerspruch. Man muß nun abwarten, welche Folgen die Erklärung des Papstes haben wird. Jedenfalls liegt einer der Hauptangelpunkte des jahrelangen kirchlichen Conflicts weniger in dieser Angelegenheit, welcher sich die Curie in anderen Staaten bisher anstandslos gefügt hat, als in dem Gesetz über die Vorbildung der Geistlichen, dem sog. Culturexamen. Und so erfreulich auch die Eröffnung der Friedenspräliminarien seitens des Papstes ist, so wird man doch von einem wirklichen „Friedensschluß“ erst dann reden können, wenn die Examenfrage in einer der Staatshoheit entsprechenden Weise geordnet ist. Die Verleserung des Fürsten Bismarck, daß „Canossamünzen“ in Deutschland nicht geprägt werden würden, ist allerdings geeignet, in dieser Beziehung beruhigend zu wirken. Man verschließt sich indessen in liberalen Abgeordnetenkreisen nicht der Besorgnis, daß trotzdem auch von Seiten des Staates weitergehende Opfer, wenn auch nur in der Form einer milderen Praxis, zu bringen sein werden, und daß, wenn eine Revision der Maigesetze wirklich schon für die Nachsession des Landtags in Aussicht genommen ist, das Culturexamen einen der wesentlichsten Punkte in dieser Revision bilden wird. Mag es auch etwas weit hergeholt sein, eine Analogie zwischen dem Verhältnissen des kleinen Baden und denen einer Großmacht wie Preußen zu ziehen, so wird doch die Erklärung sehr bemerkt, die der Minister v. Stöcker in der Karlsruher Kammer bei Gelegenheit des dortigen Ausgleichs mit Rom abgab, und die dahin ging, die badische Regierung sehe eine Rechtfertigung ihres Verhaltens in der Ueberzeugung, daß auch Preußen voraussichtlich den nämlichen Weg bei den Verhandlungen mit der Curie einschlagen werde. Erwägt man die bei mehr als einer Gelegenheit betonte Geneigtheit des Cultusministers v. Puttkamer, das auch den evangelischen Orthodoxen verhasste Culturexamen abzuschaffen, so muß man in der That jener Befürchtung eine gewisse Berechtigung zusprechen. Uebrigens will man aus der verspäteten Mittheilung des vom 24. Februar datirten



Schreibens an den Erzbischof von Köln den Schluß ziehen, daß die Antwort der preussischen Regierung auf die Propositionen des Vaticans bereits in Rom eingetroffen und in einem dem Ausgleich günstigen Sinne gehalten sei. Denn es würde den vorsichtigen Gewohnheiten der Curie nicht entsprechen, ihre event. Leistung bekannt zu geben, wenn sie nicht der Gegenleistung bereits versichert wäre.

[Der Communal-Landtag des Regierungsbezirks Wiesbaden] tritt am 5. April d. Z. in der Stadt Wiesbaden zusammen. Regierungs-Präsident von Bumb zu Wiesbaden ist zum Stellvertreter des Vor-Präsidenten Freiherrn von Ende zu Kassel als Königlichler Commisarius, der Kammerherr und Schloßhauptmann Graf von Matuschek Greiffenclau auf Bollrads zum Vorsitzenden und der Regierungsrath Schellenberg in Wiesbaden zum Stellvertreter des Vorsitzenden für den erwähnten Communal-Landtag ernannt worden.

Frankreich.

Paris, 14. März. [Zur Unterrihtsfrage.] Weber die Regierung, schreibt man der „R. Ztg.“, noch die geschlagene Linke des Senats wollen „nach einem Ausgleiche suchen“, um mit der „Corr. Havas“ zu reden; sollten sie einen solchen aber finden, so werden sie zugreifen. Die Linke des Senats, die gestern eine Parteiversammlung hielt, beschloß, den Artikel 7 nochmals durch ihren Ausschuß als Amendement vorbringen zu lassen, aber bei der Berathung den bloßen Zuschauer zu spielen. Von Muth zeugt dies nicht. Man hofft, die Sache werde sich so zu sagen von selber machen, indem die Jesuiten sich lieber zurückziehen und die Rückkehr offen halten würden, als sich austreiben zu lassen und eine stramme Geseßgebung herbeizuführen. Die „Corr. Havas“ hebt heute einen Zipfel des Vorhanges, indem sie meldet, der Jesuiten-General Pater Beckr wolle in Paris und werde morgen, also noch vor der zweiten Lesung des Unterrihtsgeseßes im Senate, eine Unterredung mit den Häuptern der katholischen Partei haben. Die „Corr. Havas“ setzt hinzu: „Die Herren de Mun, Chesnelong und Lucien Brun haben einen Feldzug in Paris und in der Provinz gegen die Auflösung der nicht anerkannten Ordens-Gemeinschaften beantragt. Versammlungen zu diesem Zwecke sollen überall im Lande angeregt werden. Wie im Jahre 1845, will man die katholischen Juristen um ihr Gutachten bitten. Ein republikanisches Blatt bringt einen Brief, den Herr Paulmier, ein Professor an der katholischen Facultät in Lille, an den Minister des öffentlichen Unterrichts geschrieben und worin es heißt: „Sie wollen, daß wir die Grundsätze von 1789 als unbestreitbar und unwiderruflich errungen annehmen sollen? Nimmermehr! Als unbestreitbar Ihr Dogma der Souveränität der Zahl, des allgemeinen Stimmrechts? Nimmermehr! Als unbestreitbar Ihr Dogma der gesetzlichen Kebsche? Nimmermehr! Als unbestreitbar Ihr Dogma des Staates ohne Gott, des atheïstischen Staates? Nimmermehr!“ Das „Journal des Debats“ äußert heute: „Wir haben schon einmal gefragt: Wenn sich die Ordensgemeinschaften unter den Schutz der Verfassung stellen, warum sollte dieser Schutz nur ihnen vergönnt werden, warum wäre er nicht gleichfalls für jede übrige Verbindung? Warum dürften diejenigen, die man Socialisten nennt, morgen nicht Clubs eröffnen und Verbindungen bilden mit demselben Rechte wie die Ordensleute?“

[Zur Jesuitenfrage.] Ueber die Vorgänge im heutigen Ministerrath vernimmt man nur so viel, daß die, welche mit Entschlossenheit gegen die Jesuiten vorgehen wollen, nicht in der Mehrheit sind. Reiner der Minister wagt zwar sich offen gegen die Anwendung der bestehenden Gesetze aufzulehnen, aber die „Ministerinnen“ sind mit Ausnahme von Frau Ferry fast alle jesuitisch gesinnt und halten die Befürchtung wach, daß, wenn man gegen die Jesuiten und ihren Anhang zu streng vorgehe, im Westen Aufstände ausbrechen könnten. Dies sind aber nur leere Vor Spiegelungen, da selbst in der Bretagne die Bauern des geistlichen Joches endlich müde sind, und die Armee würde unbarmherzig die Schwarzen niederhauen, die zu Gunsten der Jesuiten die Waffen ergreifen wollten. Viel eher ist zu befürchten und im heutigen Ministerrath soll auch darauf hingewiesen worden sein —, daß, falls die Regierung nicht entschlossen vorgeht und dem ungefeglichen Treiben der Ultramontanen endlich ein Ziel setzt, in der Provinz die Erregung eine bedenkliche Höhe erreichen könne. Grévy selbst soll nach und nach einsehen, daß wenigstens etwas geschehen müsse; aber es steht kaum zu erwarten, daß Freycinet diejenigen Maßregeln zuläßt, welche die jetzige Lage erheischt. Die „Agentur Havas“ bringt heute die Versicherung, daß das Cabinet betreffs des Vorgehens gegen die Jesuiten nicht getheilter Ansicht sei. Richtig ist, wie die „Republique Française“ versichert, daß der Finanzminister Magin sich keineswegs so „versöhnlich“ zeigt, wie gestern behauptet wurde, richtig ist aber auch, wie die Artikel des von Freycinet inspirirten „Temp“ bemerken, daß der Conseilspräsident sich seiner Aufgabe nicht gewachsen fühlt oder sich treiben lassen will. Waddington soll in Rom, wo derselbe sich gegenwärtig befindet, bereits eine Unterredung mit dem Cardinal Nina gehabt und Auftrag haben, den Papst zu bestimmen, die Schwierigkeiten in der Jesuitenfrage in der Weise zu umgehen, wie sie im Jahre 1845 festsigt wurden. Damals wandte Guizot sich an den Papst und gestattete, daß die Jesuitenschulen nicht vom französischen Staat, sondern vom Papste selbst geschlossen wurden. Wenn Freycinet glaubt, daß das damalige Auktionsmittel auch 1880 noch ziehen werde, so hat er keine Ahnung von der jetzigen Lage.

[Amtliches.] Das „Amtsblatt“ veröffentlicht ein Decret, wobei der am 14. Mai 1879 zwischen Oesterreich-Ungarn und Frankreich abgeschlossene Vertrag wegen des gerichtlichen Bestandes für die Angehörigen beider Länder gutgeheßen wird. Das „Amtsblatt“ bringt fernere Decrete, wodurch General Doutrelaine, Oberbefehlshaber des 5. Armeecorps, zum Präsidenten des beratenden Comites der Festungswerke, der Divisionsgeneral Gresley zum Oberbefehlshaber des 5. Armeecorps an Stelle des General Doutrelaine, Divisions-General Lecointe an Stelle des zum Kriegsminister beförderten Generals Farre zum Oberbefehlshaber des 14. Armeecorps und Divisionsgeneral Appert an Stelle des Generals Lecointe zum Oberbefehlshaber des 17. Armeecorps ernannt werden. Auch bringt das amtliche Blatt viele Beförderungen unter den Generalsstabsoffizieren.

[Fürst Hohenlohe. — Fürst Orloff und Herr Freycinet.] Die hiesigen officiösen Blätter enthalten folgende Mittheilung: „Der Fürst Hohenlohe kündigte gestern an, daß er vor der zweiten Hälfte des Monats April nicht abgehen werde. Die Fürstin und ihre Tochter blieben bis Ende Mai in Paris. Der deutsche Botschafter und seine Familie werden im October nach Paris zurückkommen. Herr von Radowicz, welcher den Fürsten von Hohenlohe zeitweilig ersetzt, wird in 14 Tagen eintreffen.“ — Auf dem diplomatischen Diner, welches der deutsche Botschafter giebt, werden sich Freycinet und Fürst Orloff begegnen; es heißt sogar, daß Fürst Hohenlohe das Diner absichtlich zu dem Zwecke veranstaltet habe, um eine Aussöhnung der beiden Herren zuwege zu bringen. Haben sie sich doch beide das Gleiche vorzuwerfen und zu verzeihen. Auf der Börse hatte sich schon das Gerücht von Orloffs Abreise verbreitet. Wahr ist, daß er hier und da Karten p. p. c. hinterlassen; aber der Bescheid aus Petersburg wird, wie man mir aus der russischen Botschaft mittheilt, erst Dinstag hier eintreffen.

[Frankreichs Entvölkerung.] Im „Economiste“ löst Leroy Beaulieu einen wahren Schmerzschrei aus über die Bevölkerungsverhältnisse Frankreichs. Seinen Betrachtungen zufolge befindet sich allerdings Frankreich auf der schiefen Ebene der Entvölkerung, und zwar in Folge von Ursachen, die nichts weniger als stillig-gute sind. In erster Linie steht der bedauerliche Stolz des Bourgeois, der sein ganzes Vermögen und seinen Einfluß nur einem Erben überlassen will. Der kleine Bürger wetteifert darin mit dem reichen Bauer, während der reiche Bürger gemeinlich größeren Kindersegen aufweist. In der Picardie kommen auf 35 der reichsten Bauernhaushaltungen im Ganzen nur 37 Kinder. Wenn es nicht noch arme Bauern und Arbeiter gäbe, die vor dem Kindersegen nicht zurückschrecken, so würde Frankreich zur halben Einöde werden und im numerischen Wettkampf mit anderen Nationen immer mehr zurücksinken. Setzte sich z. B. der ehige Bevölkerungszuwachs bis zum Jahre 1900 fort, so würde die Bevölkerung Frankreichs, die jetzt 37 Mill. beträgt, die Ziffer von 40 Mill. erreichen, während Deutschland wahrscheinlich 55 Millionen und Rußland 100 Millionen Einwohner besäße. Die Zahl der ehelichen Geburten ist im Laufe dieses Jahrhunderts von 3,93 für je eine Ehe auf 3,08 zurückgegangen. Eben so hat die Zahl der unehelichen Geburten eine Minderung erfahren. An sich wäre dies eine erfreuliche Thatsache; aber Leroy-Beaulieu bemerkt ausdrücklich, daß sie nicht die Folge größerer Tugend sei, sondern im Gegentheil das Ergebnis einer größeren Lasterhaftigkeit, welche die Schande widernatürlich zu verdecken strebe. Möglich ist, daß unter den übrigen Ursachen der Bevölkerungs-Abnahme die zunehmenden Steuern und der Militärdienst sich befinden; jedenfalls ist es festgestellt, daß die kurze Dienstpflicht für die Reservisten, welche gerade die heirathsfähige Jugend trifft, in sehr vielen Fällen die Eheschließungen erschwert. Die Zukunft ist traurig. Der gewaltige Fremdenzufluß, der beständig stattfindet und jetzt fast eine Million Ausländer auf französischen Boden besetzt hat, droht noch dazu, den Charakter der Franzosen und besonders der Stadt Paris, zu entnationalisiren. Leroy-Beaulieu bedauert dies; indeß sollte man dazu Frankreich nur Glück wünschen. Denn der Stillstand der Bevölkerung beruht in letzter Instanz doch nur auf dem kleinlichen Krämergeist des Spießbürgerthums, welches sich durch mäßige Arbeit und Sparsamkeit eine bequeme Zukunft zu verschaffen sucht; auf ihrem beschränkten Horizont; auf ihrer Abgeschlossenheit gegen das Ausland, für welche die schützöllnerischen Gelüste einen neuen Beleg geben; auf ihrer Abneigung gegen die Ausdehnung des Mutterlandes durch Anlegung von Colonieen. Diese spießbürgerliche Beschränktheit bekämpft sich wohl einerseits durch die Verallgemeinerung der Bildung, mit der es bis jetzt herzlich schlecht beschaffen ist; andererseits aber dürfte die Vermischung der Nation mit dem Blute unternehmungslustiger Ausländer — Belgier, Deutsche und Schweizer — nicht ohne Nutzen sein. Sind doch einmal die Zucht- und Bluthverhältnisse seit einiger Zeit in Frankreich ein beliebtes Thema für schöngedichtete und volkswirtschaftliche Schriftstellerei. Zola, Daubet, Bouvier und andere suchen um die Wette, die Menschheit auf den Rang von Gestrüts zu reduciren; und in einer kürzlich abgehaltenen Sitzung der hiesigen „Société d'Economie Politique“, in welcher die Möglichkeit einer Aristokratie innerhalb der Demokratie verhandelt ward, bedauerte ein Mitglied alles Grueses, daß sich die Theorie der Zuchtwahl und der Züchtung, wie sie zur Hervorbringung edler Rasse und Jagdhunde angewandt werde, nicht auf den Menschen übertragen lasse. Es würde dann die einzig wahre, körperlich und geistig starke Aristokratie geschaffen werden, wie sie für den demokratischen Staat, als den vollkommensten, passe. Jeder andere Versuch scheiterte auf die Dauer an der Erschöpfung des Blutes; und die Abkömmlinge geistig hervorragender Ahnen seien schließlich, statt Riesen, elende Schwächlinge. Dies ein Beitrag zur neuesten Philosophie, die hier Sociologie heißt.

[Ein wettküßiger Dominikaner.] Der Dominikanerpater Olivier, schreibt man der „Bes. Ztg.“, bot neulich von der Kanzel der Dreifaltigkeitskirche herab eine Wette von 50,000 Frsch., daß die gegenwärtige Regierungsform sich seine zehn Jahre behaupten werde. Da die Gemeinde, auf ein solches Spielchen an dem heiligen Orte nicht gefaßt, natürlich schwieg, rief der Pater Olivier triumphirend: „Ihr seht, Niemand wagt die Wette!“ und fuhr in seiner Philippika gegen die Republik fort. Im „XIX. Siècle“ ladet nun aber heute Francisque Sarcey die Republikaner ein, die Summe von 50,000 Frsch. im Subscriptionswege einzuschließen und den wettküßigen Dominikaner, welcher sie von der Kanzel herab kurzweg „Canaille“ genannt hätte, beim Worte zu nehmen. Es wäre, meint er, auf alle Fälle ein gutes Werk, den frommen Herrn 50,000 Frsch. für irgend einen gemeinnützigen Zweck abzunehmen. Der Vorschlag dürfte sich leicht verwirklichen. Man sieht aber aus diesem Beispiele, wie frech die vom Staate nicht anerkannten Congregationen — denn die Dominikaner gehören zu denselben — die Regierung und die öffentliche Meinung herausfordern.

# Belgien.

Brüssel, 13. März. [Zum Budget und zum Schul-Gesetz.] Der Senat, schreibt man der „K. Z.“, hat heute das Budget des Unterrichtsministeriums genehmigt, aber doch nur mit den 32 Stimmen der Linken gegen 27 der Rechten. Letztere beherrscht der Groll gegen das Schulgesetz so sehr, daß sie dem Staate alle und jede Beihilfe zum Unterrichtswesen verweigern. Baro d'Anethan und Solovyns erklärten, es sei keine positive Religionslehre, wenn der Lehrer „von einem Gott spreche, den alle Kinder annehmen könnten“, worauf der Minister sehr richtig bemerkte, die confessionellen Dogmen würden den Kindern in der eigentlichen Religionsstunde (Morgens, Vor- und Nachmittags nach dem Unterricht) beigebracht; in den Schulstunden aber habe „der Lehrer von Gott so zu sprechen, daß er sich damit an alle Kinder ohne Unterschied des Bekenntnisses wenden könne“. Das Budget des auswärtigen Amtes wurde ebenfalls heute vom Senat mit 51 Stimmen genehmigt. Solovyns erklärte, er werde das Budget niemals bewilligen, so lange Belgien eine Gesandtschaft bei dem König von Italien unterhalte. Auf seine weitere Behauptung, die belgischen Bischöfe und der päpstliche Stuhl seien in vollkommener Uebereinstimmung, erwiderte der Minister Frère-Orban: „Grundsätzlich ja, thatsächlich nicht. Der Episcopat hat gegen die Gemeindeschulen kein Maß gehalten und eine allgemeine Excommunication, so zu sagen, gebligt. Dieses Benehmen ist durch die Depesche des Cardinals Nina vom 5. October v. J. getadelt worden, die daran erinnerte, daß der heilige Vater Ruhe, Klugheit und äußerste Vorsicht empfohlen habe. Nehmen wir an, daß die Geistlichkeit auf diese politische Agitation verzichtet und sich nur mit der Religion Christi beschäftigt: wo würden ihre Feinde sein? Es würde gar keine mehr geben. Von ihr also hängt es allein ab, dem Lande wieder die friedliche Stimmung zu verschaffen, die nur durch ihre Schuld geschwunden ist.“

[*Zeich der Schweidnitzer Vorstadt.*] Die letzte Versammlung eröffnete der Vorsitzende, Herr Wehlan, mit geschäftlichen Mittheilungen. Demnach hielt Baumeister Schmidt einen Vortrag über „Alt-Breslau“, welchen durch eine Anzahl vom Apotheker Dr. Pannes zur Ansicht gestellter alt- und historisch werthvoller Kupferstiche erläuterte. Sämmtliche Plätze vor öffentlichen Gebäude der „weiland besetzten freien Reichsstadt Breslau“ sind auf denselben enthalten, die in ihrer Totalität ein interessantes Bild unserer Stadt, wie sie sich im 14., 15. und 16. Jahrhundert darstellte, währten. Der Vorsitzende sprach dem Redner für seinen Vortrag den Dank der Versammlung aus. — Bezüglich eines Antrags des Herrn Kentwig eine theilweise Statutenänderung betreffend, wurde nach kurzer Debatte eine Commission zur Beratung des Antrags resp. zur Revision des gesamten Statuts gewählt. — Fabrikbesitzer Köbner stellte hierauf unter eingehender Motivirung den Dringlichkeitsantrag: „Der Verein solle das Stadtverordneten-Collegium eruchen, auf den Magistrat eine Petition auszugeben, dahin zu wirken, daß der Bau des neuen Staatsgymnasiums auf der Sonnenstraße endlich in Angriff genommen und noch in diesem Baujahre in dem Staatshaushalts-Etat Berücksichtigung finde.“ Herr Dr. Pannes bekämpfte den Antrag, weil er wisse, daß Minister von Puttkamer wie Oberbürgermeister Friedensburg sich abnedies für diesen Bau interessirten. Prof. Dr. Auerbach unterstützte den Antragsteller, weil aber die Petition nicht an die Stadtverordneten-Versammlung, sondern an den Magistrat gerichtet haben. Nach längerer Debatte wurde beschossen, die Petition an Magistrat und Stadtverordneten-Versammlung zu senden.

—a. Breslau, 15. März. [Schlesischer Central-Gewerbeverein.] In der letzten Ausschusssitzung bildete zunächst die im Jahre 1881 zu Breslau stattfindende schlesische Gewerbe- und Industrieausstellung den Gegenstand längerer Beratung. Hierauf wurden von der Commission, welche zur Berathung über die in den Handwerkerfortbildungsschulen der Provinz Schlesien im Zeichenunterricht anzuwendenden Methoden und zu benutzenden Vorlagen gewählt war und die aus den Herren: Oberberggrath Althaus-Breslau, Gewerberath Fries-Breslau, Gewerbeschuldirector Dr. Fiedler-Breslau und Gewerbeschuldirector Röggerath-Brieg bestand, folgende Grundsätze als maßgebend aufgestellt: I. Als erste und gemeinsame Stufe alles Zeichenunterrichts ist das Zeichnen einfacher Formen aus freier Hand zu bezeichnen, bei dem das Verständnis des Schülers für die Größen- und Formenverhältnisse gleichmäßig mit der technischen Fertigkeit auszubilden ist. Obgleich hierbei am zweckmäßigsten stufenweise geordnete Figuren, welche von dem Lehrer an einer schwarzen Tafel vorgezeichnet und erläutert werden, sind, dürfte es, so wird doch bei dem Mangel an mathematisch ausgebildeten Lehrern, empfohlen, den letzteren systematisch geordnete Vorlegeblätter als Unterrichtsmittel zur Seite zu stellen. Als solche sind vorzugsweise zu bezeichnen: 1) Herdtle, Vorlagenwerk für den Unterricht im Freihandzeichnen (60 Blätter); 2) Herdtle, Vorlagenwerk für Anfänger im Freihandzeichnen (48 Blätter); 3) H. Weisshaupt, das Elementar-Freihandzeichnen I, II, und III. Zweitens — II. Ausführungen in Kreide, Tusche, Sepia und Farben dürfen erst nach Anwendung kommen, nachdem die Sicherheit des Contourzeichnens aus der Frage steht. Bei der Wahl der Objecte kann bei derartigen Ausführungen bereits der Beruf des Schülers in Rechnung gezogen werden. Als Material für den Unterricht wird empfohlen: 1) Gropius u. Lohse, Archiv für ornamentale Kunst (Bef. 1—12); 2) Jacobsthal, Grammatik der Ornamente (Bef. 1—7). — III. Das Linearzeichnen ist nur für diejenigen Vorlagen zu empfehlen, welche eine ausreichende Gewandtheit im Freihandzeichnen erzielt haben und durch ihren Versuch auf Construction hingewiesen sind. Zu letzteren sind zu rechnen: 1) Maurer, Steinmetze, Zimmerleute und Tischler; 2) Schlosser, Schmiede, Gärtler und Kupferschmiede, Klempner, Buchbinder und Maler. Jedem Linearzeichnen ist ein rein geometrisches Zeichnen voranzuschicken. Für dieses wird: Delabar, Linearzeichnen, Heft I, vorzugsweise empfohlen. Als geeignete Vorlagen für das lineare Berufszeichnen werden bezeichnet: 1) Vorlageblätter für Maurer und Zimmerleute, herausgegeben von der Baudeputation; 2) Stadtbau, innere Ausbau der Gebäude; 3) Möser, Maschinentheile; 4) Robl, Maschinentheile; 5) Pils, Ornamente für den Schlosser und 6) Althaus, deutsche Schmiedewecke. — IV. Um die allgemeine Durchführbarkeit zweckmäßiger Methoden zu sichern, empfehlen sich Revisionen der Handwerkerfortbildungsschulen der Provinz durch die sachverständigen Mitglieder des Ausschusses. Die beiden Gewerbeverbände der Provinz, welche dieselben vielfach in emstlicher Thätigkeit bereisen, sollen vorzugsweise ersucht werden, derartige Revisionen der vom Ausschuss durch Unterrichtsmittel unterstützten Anstalten vorzunehmen. — Dieses Gutachten soll auf Beschluß des Ausschusses an die Magistrate, Gewerbevereine und Vorstände der gewerblichen Fortbildungsschulen gesandt werden. — Was den diesjährigen (XVII.) schlesischen Gewerbetag anlangt, so wurde, da von keiner oberhalb des Reichstages eine Einladung an den Ausschuss gelangt ist, beschlossen, wiederum eine Stadt Niederschlesien, von wo mehrfache Einladungen erfolgt sind, für die Abhaltung des diesjährigen schlesischen Gewerbetages zu wählen. Die Wahl fiel auf Sagan; die Zeit des Gewerbetages wurde auf den 13., 14. und 15. Juni festgesetzt. — Zum Schluß wurde die Mittheilung gemacht, daß der ober-schlesische Berg- und Hüttenmännische Verein dem Central-Gewerbevereine als Mitglied beigetreten ist.

H. Breslau, 15. März. [Breslauer Gewerbeverein.] <sup>Gewerbeverein</sup>  
 freundlichen Einladung des Herrn Prof. Dr. Boled Folge leistend, ver-  
 sammelten sich heute Abend die Mitglieder des Breslauer Gewerbevereins  
 im chemischen Laboratorium hiesiger Universität, um einem Vortrage über  
 die Genußmittel von Tabak und Opium beizuwohnen. Herr Prof. Dr.  
 Boled stellte zunächst die Begriffe von Nahrungs- und Genußmitteln fest,  
 behandelte sodann die Geschichte des Tabaks, seine Ausbreitung von Westen  
 nach Osten, besprach eingehend die Bestandtheile des Tabaks und zeigte an  
 einem gelungenen Experiment, daß der Tabak u. A. Kohlenoxydgas ent-  
 halte. Der zweite Theil des Vortrages galt dem Opium, dessen Genuß  
 von so überaus traurigen Folgen begleitet ist. Zur Erläuterung dieses  
 Theiles des Vortrages dienten die verschiedensten Opiumproducte und  
 Opiumrassen, welche zur Ansicht ausgelegt waren. Herr Sattlerobermeister  
 Bracht sprach im Namen des Vereins dem Redner für seinen überaus  
 interessanten und lehrreichen Vortrag den wohlverdienten Dank aus.

G. T. Breslau, 15. März. [Frauenbildungsverein.] Vor einer zahlreichen Zuhörerschaft hielt heute im Vereinslocale (Alte Tischenstraße Nr. 26/28) Herr Dr. Julius Weil einen sehr eingehenden und äußerst beifällig aufgenommenen Vortrag über „die Dienstbotenfrage.“

Schlesische Gesellschaft für vaterländische Cultur.  
Botanische Section. Sitzung am 15. Januar 1880.  
Herr Professor Dr. Stenzel legt Tannenweige aus dem Riesengebirge  
don einem durch den Sturm gestürzten Baum vor. An den nach oben  
liegenden Zweigen wendeten die Nadeln ihre weißen Seiten lest dem Him-  
mel zu, während die an ihrem Ende nachgewachsenen Triebe wie gewöhn-  
lich ihre dunkelgrünen Seiten aufwärts gelebt hatten.

Herr Dr. Schön der spricht über die Verbreitung der Puccinia Malvacearum in Schlesien, die auf ihrer Wanderung vom West nach Ost durch  
von Schröder im August 1878 im Hirschberger Thal, bei Greifenberg und  
Friedeberg aufgefunden wurde; Lehrer Gerhardt sammelte sie October 1878  
in der Fauerstraße zu Giesnis; Zimmermann zu derselben Zeit in Striegau;  
Vorragender hat sie im October 1879 auch in Kleinburg bei Breslau auf  
Malva silvestris beobachtet, wohin sie 1878 nach Schröder's Ermittlung  
noch nicht vorgebrungen war.

Herr Professor Dr. F. Cohn legt die Früchte von *Trapa bicornis* der chinesischen Wassernuß, welche ihm Dr. Schneider aus Java überendet hatte. Geheimrath Göppert hat diese Art fossil in Schönnig bei Canth gefunden.

- 1) L. R. Lewis, the microscopic organisms found in the blood of man and animals and their relation to the disease. Calcutta 1879.
- 2) J. R. E. Müller, Handbuch der allgemeinen Botanik. Heidelberg 1880. 1. Theil.
- 3) Meddelelser fra Carlsberg laboratoriet, udgivne ved Laboratoriets bestyrelse. Kjøbenhavn, 1879.

4) Eine Anzahl eingegangener Schriften von gelehrten Gesellschaften in  
Akademien: von Bologna, Montpellier, Washington, Stuttgart, Neu-  
Brandenburg, insgesammt mit botanischen Abhandlungen.  
Herr Dr. Eidam hält einen Vortrag über „Beobachtungen an  
Schimmelpilzen“ unter Demonstration zahlreicher Objecte in natura,  
mikroskopischer Präparate und Zeichnungen.

Bei vielen Willen mit spinnebeartigem Mycel, gewöhnlich als ein ge-  
belt bezeichnet, vereinigen sich die Fruchtkörper zu mehreren in eine ge-  
meinsame säulenförmige Verbindung, welche feilich oder an der Spitze isolirte  
sporentragende Fäden ausstreckt. Bei Penicillium führt diese Verbindung  
den Namen Coremium, eine Bezeichnung, die, wie dies auch Reinte ge-  
hat, in zweckmäßiger Weise auf alle derartige Vorkommnisse übertragen  
wird. Auf Skatoffeln fand Vortragender kürzlich ausgeprägte Coremium-  
bildungen von Verticillium ruberium, welche als 1—1½ Cmf. lan-  
getrodene und federartige Büschel sich erhaben und beim geringsten Luftzug

## Vorträge und Vereine.

—d. Breslau, 14. März. [Bezirksverein für den südwestlichen



In lebhafter Bewegung geriet. 5-20 Fruchtkörper hatten sich in diesem Falle vereinigt, nach oben wurden ihrer immer weniger und schließlich verblieb eine einzige Fruchtkörper das ganze Corymbium. Auf allen Seiten aber strahlten von demselben wohlgebaute Sporenstrahlen mit ihren charakteristischen Wirtelkanten aus.

Botrytis Bassiana, Ursache der gefürchteten Muscardine bei den Seidenraupen, findet man mitunter auch als harmlosen Bewohner feuchter liegender Pflanzenenteile und schon de Vary bewies, daß dieser Pilz außerhalb des Thierkörpers fructificiren könne, denn er brachte seine Sporen durch bloße Ausfaat in Wasser zu allerdings sehr kümmerlicher Entwicklung neuer Fruchtkörper. Ganz anders wird die Sache, wenn man, wie es Vortrager der gethan hat, die Sporen der Botrytis Bassiana in Nährlösungen ausfällt. In Pflanzenextract bildeten sie ein großes Mycel von besonderer Leichtigkeit, reich septirt und auffallend durch die massenhaften Anastomosen desselben. Späterhin erschienen auf diesem Mycel, aber niemals alleseitig, sondern nur gruppenweise und an einzelnen Stellen localisirt, die sporentragenden Aeste, welche mattschwarz und im Reifezustand der Sporen schneeweisse, rundliche Häufchen darstellten. Niemals tritt eine andere als die eben beschriebene Fortpflanzungsweise bei diesen Culturen auf.

Verschiedene Maria-Arten sind ebenfalls als Feinde zahlreicher Insekten bekannt, und sie leisten uns sogar nicht selten als Vertilger schädlicher Raupen nützliche Dienste. Ähnliche Mariaformen findet man aber auch auf anderweitigem Nährboden, und Vortrager der schildert eine solche Maria, welche typische Culturen von Rhizopus nigricans befallen und auf letzterem Pilz in lebhaftem Wachsthum fructificirt hatte. Eine andere Maria, welche wie vorhergehende am meisten den Formen gleich, welche de Vary in der Bot. Jg. 1867, Taf. 1, Fig. 14, 15 und 16 abbildete, wurde in einem Aquarium des pflanzenphysiologischen Instituts beobachtet, woselbst sie auf Azolla filiculoides var. rubra angeheftet war. Die Mycelstränge wurden von dem Pilz mit weissem Gespinnst überzogen, sie bräunten sich und starben nach und nach ab, während in einem benachbarten pilzfreien Aquarium dieselbe Azolla frisch grün und lebendig blieb. Die toten Pflanzen verwandelten sich zuletzt in humusartige Masse und verschwanden schließlich unter völliger Zersetzung, was auch mit den in ihren Blattabdrücken wuchernden Mycelsträngen der Fall war.

Schließlich berichtet Vortrager über die merkwürdige Entwicklungs-geschichte eines mering- bis orangerothen Schimmelpilzes, des Sporendonema casei Desm., welches von Desmazieres auf einem Käse zuerst entdeckt und beschrieben worden ist. (Ann. d. sc. nat. Tom. 11 1827.) Späterhin haben verschiedene Forscher diesen Pilz ebenfalls beobachtet, so Bonorden, welcher in den Tafeln zu seinem Handb. d. Myc. 2. Jg. 51 eine allerdings nur unvollkommene Abbildung giebt. Vortrager gelang es, den Pilz in klarer Nährlösung (Mistabkochen) zu cultiviren, woselbst die bereits zwei Jahre alten Sporen zu keimen und ein weisses, später braunes Mycel mit häufigen fadenförmigen Aufschwellungen an den Scheidewänden entwickelten. Es fand sich, daß Sporendonema eine Art der Sporenbildung hat, welche als rothbraune Kugeln, im jungen Zustand oft mit hübschen Cuticularüberziehungen ausgestattet, in langen Ketten auf besonderen Trägern, wie bei Penicillium entstehen und wie bei letzterem als Propagationsorgane sich verhalten. Mit diesen Sporen aber haben die Dibromartigen Mycelabgliederungen nichts zu thun, welche in Form zierlicher Spiralen entstehen, die sich septiren und bald in der Nährflüssigkeit bleiben, bald als schon rothe Fäden in die feuchte Luft der Glasglocke hervortreten, woselbst sie regelmäßig mit großen Wassertropfen beschlagen werden. Der rothe Farbstoff ist harzartiger Natur; er löst sich in Alcohol und Ammoniak. Sowohl die Kettenformen als die Spiralarabgliederungen erweisen sich als keimfähig; die ersten können beide Sporenformen erzeugen, aus letzteren entstanden immer nur wieder Spiralarabgliederungen. Sät man beide Vermehrungs-körper gleichzeitig aus und unterläßt die Cultur mit geringer Temperatur-erhöhung, so erhält man eine neue, bisher ganz unbekannte Art der Vermehrung von Sporendonema casei in Form von Fruchtkörperanlagen, deren höchst interessante Entstehung ausführlich besprochen wurde. Sie geschieht durch Ananose gewisser Mycelzellen, nicht selten in der Nähe oben erwähnter fadenförmiger Aufschwellungen, worauf in Folge des durch die Ana-nose hervorgerufenen Reizanstosses die betreffenden Mycelzellen massenhaft ihre Ausläufer treiben, welche sich allmählich zu einem rundlichen pseudoparenchymatischen Körper zusammenlegen und öfters zu mehreren neben einander sich entwickeln. Auch auf dem natürlichen Substrat, trocknen Käse, wurden neben obigen Sporenformen massenhaft diese Fruchtkörperanlagen in verschiedenen Alterszuständen vorgefunden. Sie sind im Innern mit reichlich Del und Protoplasmia führenden Zellen angefüllt, die zuletzt in rundlicher Blasenform aufschwellen. Dabei bleibt die Hinde der Gehäuse stets allseitig geschlossen, sie wird erst braun, dann schwarz, zur Weiterentwicklung im Innern jedoch ist den Fruchtkörpern eine längere Ruhepause erforderlich, nach deren Ablauf sie zur Sporenbildung übergehen. Die neuen Sporen sind glatt, oval, mit einem runden braunrothen Kern versehen und es wird von ihnen nach erfolgter Reimung der geschilderte Entwicklungsreis wiederholt.

Vortrager erläutert seine Darstellung mit Präparaten und Abbildungen; doch soll über die Entwicklung von Sporendonema casei später ausführlich an anderem Orte berichtet werden.

F. Cohn.

### Gefetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege.

[Zur Frage der Jagdverpachtung.] Bei Verpachtung der Jagd auf den Gemeindegutgrundstücken einer Stadtgemeinde verlangt ein Grundbesitzer die Ausschließung seiner 270 Morgen umfassenden Besitzung aus dem gemeinschaftlichen Jagdbezirk, weil seine Grundstücke zusammenhängend die Fölsage umgeben, welche am äußersten Rande der Feldmark, etwa 1/2 Meile von der geschlossenen Stadtlage entfernt, liegt. Der Magistrat gab diesem Verlangen nicht nach, und in gleichem Sinne wurde der Antragsteller von dem hiernächst angerufenen Landrat beschieden, weil das ausschließende Grundstück im Gemenge mit fremden liegt, auch die Grenzen desselben nicht erkennbar bezeichnet seien. Der Grundbesitzer wurde nunmehr gegen den Magistrat als Gemeindebehörde und den Landrat als Aufsichtsbehörde im Streitverfahren klagbar, indem er des Näheren nachzuweisen suchte, daß die gesetzlichen Voraussetzungen des Ausschließungsrechtes vorlägen. Er beantragte die Verurteilung der Verklagten zur Anerkennung dieses seines Rechts. Das Bezirksverwaltungsgericht erkannte dann auch gegen den seitens der Verklagten erhobenen Widerspruch dahin, daß der Kläger zum Ausschluß seines Hofes von dem gemeinschaftlichen Jagdbezirk für berechtigt zu erachten, aber auch verpflichtet sei, die Grenzen seines ausgeschlossenen Grundbesitzes erkennbar zu erhalten. Einerseits wurde für thatsächlich festgestellt angenommen, daß der den Hof des Klägers umgebende Grundbesitz derselben eine zusammenhängende, durch dazwischen liegende fremde Grundstücke nicht unterbrochene Fläche bilde, also nicht mit letzterem im Gemenge liege, andererseits ging der Gerichtshof davon aus, daß die Verpflichtung, die Grundstücke in ihren Grenzen stets erkennbar zu halten, nicht als Voraussetzung der Berechtigung, sie aus dem gemeinschaftlichen Jagdbezirk auszuschließen, in Betracht komme. — Der Landrat legte gegen diese Entscheidung zwar das Rechtsmittel der Berufung ein, dieselbe ist aber vom Oberverwaltungsgericht in dem Sinne, daß das Rechtsmittel überhaupt nicht zulässig sei, weil zur Entscheidung der vorliegenden Streitfrage der ordentliche Rechtsweg beschritten werden könne, zurückgewiesen worden.

[Wegen Wechselstempel-Defraudation.] war gegen einen Wechselinhaber die Untersuchung eingeleitet worden, weil derselbe den Wechsel beizufür Empfang der Zahlung aus der Hand gegeben hatte, ohne daß derselbe mit dem vorgeschriebenen Stempel versehen war. In beiden Instanzen erfolgte die Freisprechung des Angeklagten, weil er erwiesenemassen den vorgeschriebenen Stempel verwendet und kasirt, und letzterer sich nur durch einen Zufall vor der Eingabe an den Zahlungsbefehl abgesetzt hatte. — Auf die Nichtigkeitsbeschwerde des Oberstaatsanwalts hat jedoch das Reichsgericht die Entscheidung des Vorrichters vernichtet. Es sprach aus, daß zur Freisprechung nicht die Feststellung genüge, der Stempel sei beigelegt und in vorgeschriebener Form behandelt gewesen, sondern es müsse auch festgestellt werden können, daß dies zur richtigen Zeit geschehen sei.

[Entscheidung des Reichsgerichts.] Der § 328 des Reichsstrafgesetzbuchs bedroht denjenigen mit Gefängnis bis zu einem Jahre, welcher vorsätzlich die von Seiten der zuständigen Polizeibehörde zur Verhütung des Verbreitens von Viehseuchen angeordneten Abwehrungs- und Ausschließungsmaßnahmen oder Einfuhrverbote verletzt. Das Reichsgericht hat nun in einem Specialfalle angenommen, daß diese Bestimmung nicht anwendbar ist, wenn derjenige, welcher gegen eine richtig publicirte Anordnung der zuständigen Behörde gehandelt hat, diese Anordnung nicht gekannt hat, vorausgesetzt, daß die Anordnung keine selbstständige Strafvorschrift, sondern lediglich eine Aufschütsmaßregel enthält.

### Handel, Industrie u.

Berlin, 16. März. [Börse.] So lange nicht Ereignisse von besonderer Bedeutung eintreten, scheint auf eine Aenderung in dem gegenwärtigen Charakter des Börsenverkehrs, auf eine kräftigere Belebung der

drückenden Stille nicht gerechnet werden zu dürfen. Baisse- und Aufbauepochen entziehen solcher Momente, die einer entscheidenden Action Vorstoß zu leisten im Stande wären. Auf diese Weise halten sich beide zunächst reservirt, jede den geeigneten Augenblick für ihren Eintritt in die Operation abwartend. Die Entwicklung, die das Börsengeschäft in diesen Tagen aufweist, bleibt demgemäß eine ganz geringfügige. Indes ist soviel jedenfalls leicht erkennlich, daß das Uebergewicht auf Seiten der Baisse ist, so daß sich trotz der Geschäftstillen im Wesentlichen eine feste Tendenz erhält, wenn auch die Course in Folge des Mangels an Kaufwillen Schwankungen ausgesetzt sind. Auch am heutigen Tage lagen Momente für eine besonders hervortretende Gestaltung des Börsen-Verkehrs nicht vor. Die festen, wenn auch wie London geschäftlos auswärts Börsen von gestern gestatteten der Speculation, mit höheren Coursen, als zum Schluß des gestrigen Verkehrs in das Geschäft einzutreten, indeß erfolgten unter dem Drucke der Geschäftstillen fast durchwegs Rückgänge, welche in Monatswerten auf Realisationen bedeutendere Coursdifferenzen herbeiführten. Bereits um 12 1/2 Uhr kam es indeß zu einer Reprise. Am festesten war wiederum der russische Markt, auf welchem die Bemühungen eines ersten hiesigen Hauses, die Course zu halten, wohl wahrnehmbar sind. Die neuesten Maßnahmen von Boris-Melissoff übten auf diese Werte einen günstigen Einfluß aus. Einer größeren Beliebtheit erfreuten sich heute Berg-Markt und Mainz-Ludwigsh. Eisenbahnactien. Das Gerücht, welches in den jüngsten Tagen zur Belebung des Eisenbahnactienmarktes colportirt wurde, daß nämlich der Generaldirector Stephan, der Mann der Verstaatlichungsdece quondam, Maybach's Nachfolger werden solle, entbietet heute bereits jeder ernstlichen Beachtung. Auf dem internationalen Markte notiren Credit 530 1/2 - 29 1/2, bis 31, Franzosen 469 1/2 - 69, Lombarden 152 - 51 1/2 - 2. Oester.-ungarische Anleihen geschäftlos. Russische Werthe fest. Rubel notiren: per ult. 215,50 - 215,25 - 216 (Vorr. 216 1/2), per April 215,50 - 216 (Vorr. 218 1/2). Auf dem localen Markte erzielten Laura 129 - 7 1/2 - 9, Dortmund-Stamm-Prior. 93,50 bis 91,75, Disconto-Comm. 186,10 - 7,50 - 7. Auf dem Anlagemarkt waren heimische Fonds abgeschwächt. Deutsche wie ausländische Prioritäten sehr still. Auf dem Cassamarkt waren Bahnen ebenfalls geschäftlos. Oesterreichische Nebenbahnen beliebt, auch Stammprioritäten in günstiger Haltung. Bantzen ohne Umsatz und im Wesentlichen unverändert. Russ. Zolcoupons 20,57. Geld unverändert. Von fremden Wechseln war London niedriger.

Course um 2 1/2 Uhr: Still. Creditactien 530,50, Lombarden 152, —, Franzosen 470, —, Reichsbank 152,75, Disconto-Comm. 187,50, Laura-batte 128,25, Dortmund-Union —, Aktien 10,75, Italiener 82,50, Oesterreichische Goldrente 74,00, Ungarische Goldrente 87,50, Oester. Silberrente 62,00, do. Papierrente 61,25, 5proc. Russen 88,37, Köln-Mindener —, Rheinische 158, —, Vergische 109, —, Rumänien 50,25, Russ. Noten 216,00, Dortmund 92,75, II. Orient-Anleihe 60,25, III. do. 60,25. Gewinne: (Course nur für Vollen.) Oester. Silberrenten-Op. 171,40 bez. do. Eisenbahn-Coupon 171,40 bez. do. Papier in Wien zahlbar min. 40 Pf. t. Wien, Amerik. Gold-Dollar-Bonds 4,185 bez. do. Eisenb.-Prior. 4,185 bez. do. Papier-Dollars 4,185 bez. 6 1/2 New-York-City 4,185 bez. Russ. Central-Boden min. — Pf. Paris, do. Papier u. berl. min. 75 Pf. t. Berl., Poln. Papier u. berl. min. 75 Pf. Warschau, Russischer Zoll 20,57 bez., 22er Russen —, Große Russische Staatsbahn —, bez., Russ. Boden-Credit —, bez., Warschau-Wiener Comm. —, bez., Rumänisch. Divid.-Sch. per 1879 —, bez., Warschau-Tereopol —, bez., 3 1/2 und 5 1/2 Lombard min. — Pf. Paris, Diberie in Paris zahlbar min. — Pf. Paris, Holländische min. — Pf. Amsterdam, Schweizer minus — Pf. Paris. Belgisch minus — Pf. Brüssel. Berl. Obl. Obl. 20,44 bez.

[Polnische 4 % Liquidations-Pfandbriefe.] Außer den in Nr. 129 dieser Zeitung bereits gemeldeten Nummern wurden in der Ziehung vom 1. bis 4. März nach folgende gezogen:

100 Rubel	99	164	190	258	585	972	976	1126	163	174	501	682
45	795	916	2027	93	201	213	350	381	401	444	612	713
95	810	868	4039	159	287	356	483	502	706	789	5332	347
04	751	6008	15	174	330	512	880	7013	68	96	98	109
02	554	590	701	711	715	777	823	833	966	8273	277	365
09	9085	353	589	785	794	820	884	10556	682	688	761	845
27	364	478	531	662	664	731	923	12018	43	323	334	351
84	13017	141	275	365	414	465	799	909	941	14042	14049	394
69	720	792	920	926	931	15092	100	108	151	217	287	383
37	660	795	832	875	16398	652	686	957	17165	299	492	682
95	949	963	18006	128	182	271	305	582	718	850	959	19035
68	972	20002	431	600	648	792	822	21102	341	565	607	705
27	865	928	22009	400	521	529	607	800	910	23503	207	240
78	423	540	548	567	603	753	976	24346	408	422	443	730
64	462	528	612	656	716	874	877	937	990	26107	436	600
87	27124	204	523	676	695	737	755	28005	133	307	445	486
9108	200	358	464	511	570	668	682	720	764	863	30040	128
28	365	487	488	831	31018	71	121	127	150	437	523	557
17	32022	65	113	171	182	400	447	530	566	588	726	836
993	33023	788	34094	216	302	610	895	35059	111	147	149	397
26	38144	240	614	678	710	742	797	37015	79	138	163	188
60	562	617	721	725	778	38207	210	412	528	592	619	629
9002	284	366	458	537	736	784	955	40032	108	238	618	634
99	504	763	802	838	42629	736	879	903	918	43122	320	414
36	859	44175	354	418	555	614	641	656	854	890	966	995
57	172	265	432	636	46034	77	115	130	136	312	680	811
7	141	245	515	527	741	781	911	941	943	957	967	984
27	985	49068	99	123	159	359	415	453	464	551	610	725
64	555	657	662	702	708	765	846	853	51087	254	263	402
44	751	867	993	52176	341	505	529	531	843	859	53213	345
99	519	575	591	877	884	955	54300	319	385	429	763	777
5086	121	132	248	302	400	509	511	544	628	714	56162	405
7241	430	465	539	763	849	850	953	58219	352	435	571	669
78	851	59129	244	342	654	657	696	737	874	60109	155	224
647	771	791	970	61076	101	336	348	355	933	528	924	962
898	623	949	63049	70	88	218	415	494	515	623	668	741
23	202	207	209	225	334	811	965	996	65081	341	507	521
637	66033	92	108	297	547	553	604	682	693	761	811	820
336	251	291	299	314	464	531	542	934	956	68065	74	91
14	656	716	734	748	865	69006	154	287	329	405	597	610
90	801	816	864	70046	82	163	284	430	652	683	711	815
21	426	629	961	72082	285	444	463	465	692	726	73044	197
84	575	579	604	631	688	826	74058	310	374	433	542	646
28	935	949	973	75012	121	236	481	589	609	853	911	76076
82	487	533	763	884	970	984	77051	91	242	447	644	725
98	436	560	584	615	809	813	79029	61	67	318	365	369
76	80056	69	105	311	379	766	781	856	81109	182	266	328
87	910	82005	162	182	332	427	451	552	755	804	833	932
99	358	679	776	846	989	84005	9	481	637	974	85008	317
37	649	697	796	910	936	967	86066	137	166	233	523	583
62	87068	156	173	320	325	359	546	576	740	774	777	791
9	191	244	491	604	614	627	630	928	999	89182	209	291
59	674	765	777	90592	959	91258	314	502	501	654	680	781
44	912	92030	203	265	412	456	502	519	562	583	689	996



**Berliner Börse vom 16. März 1880.**